

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

08.02.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Nord Stream 1 fast völlig ausgelastet</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 08.02.2022</i> .....	3
2   <b>Das ist das Endlager Schacht Konrad</b> <i>Braunschweiger Zeitung, 08.02.2022</i> .....	4
3   <b>Flickschusterei beim Endlager Konrad?</b> <i>Braunschweiger Zeitung, 08.02.2022</i> .....	5

## Nord Stream 1 fast völlig ausgelastet

Die Erdgas-Leitung Nord Stream 1 ist 2021 wie schon im Jahr zuvor nahezu unter Volllast gelaufen. Durch die vor zehn Jahren in Betrieb genommene Ostsee-Pipeline vom westrussischen Wyborg nach Lubmin bei Greifswald wurden 59,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas transportiert.

Wie das Betreiberkonsortium Nord Stream AG (Zug/-Schweiz) gestern mitteilte, war das die gleiche Menge wie im bisherigen Rekordjahr 2020.

Seit Inbetriebnahme des ersten Strangs Ende 2011 seien auf diesem Wege somit mehr als 441 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas nach Lubmin gelangt, wo es in das westeuropäische Versorgungsnetz eingespeist wird. Russland ist seit Jahren wichtigster Gaslieferant Deutschlands.

Um die Inbetriebnahme der parallel durch die Ostsee verlaufenden Gasleitung Nord Stream 2 wird derzeit heftig gestritten.

## Das ist das Endlager Schacht Konrad

**Bis 1976** wurde in Schacht Konrad Eisenerz gefördert. Ab 2027 soll im alten Bergwerk in Salzgitter Atommüll eingelagert werden. Die beiden Schächte werden saniert, Konrad 2 für die Einlagerung des Mülls vorbereitet.

**Der Atommüll** stammt in erster Linie aus deutschen Kernkraftwerken und Forschungsreaktoren, wo er seit gut 40 Jahren im laufenden Betrieb erzeugt wird. Er fällt auch bei ihrem Abriss an. Derzeit lagert der Müll oberirdisch in Zwischenlagern wie in Karlsruhe. Es handelt sich dabei etwa um Schutzanzüge und Teile, deren Oberflächen kontaminiert sind.

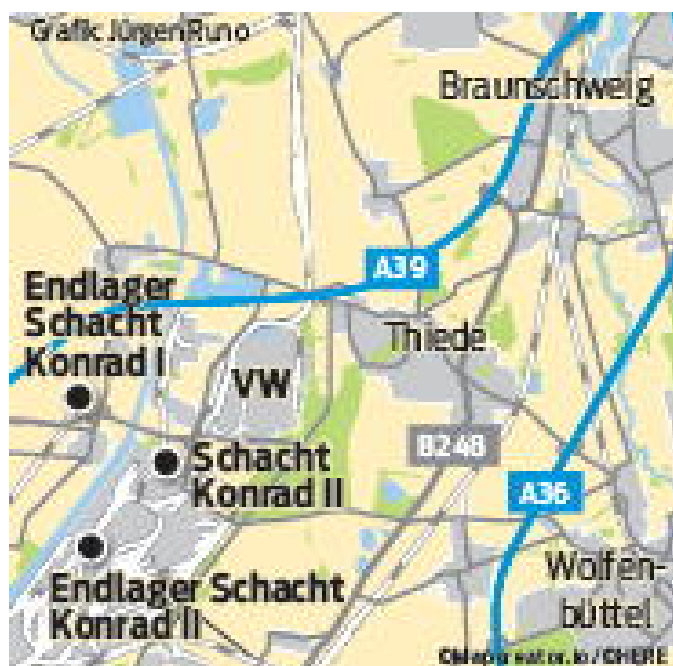
**Das Endlager Konrad** wird 303.000 Kubikmeter mittel- und schwachradioaktiven Atommüll aufnehmen. Rund 90 Prozent der in Deutschland anfallenden radioaktiven Abfälle gehören in diese Kategorie. Sie enthält aber nur 0,1 Prozent der Radioaktivität, die für immer entsorgt werden soll. Für die anderen 99,9 Prozent der Radioaktivität, also für den hochradioaktiven Atommüll aus den Kernkraftwerken, gibt es noch kein Endlager in Deutschland.

**Der Widerstand** gegen Konrad war groß, flachte in

den vergangenen Jahren aber etwas ab. 290.000 Einwender brachten ihre Bedenken im Zuge des Planfeststellungsverfahrens zum Ausdruck. Ganze 75 Tage lang dauerte der Erörterungstermin.

**2002** schließlich wurde Konrad nach jahrzehntelanger Planung genehmigt. 2013 wurde bei Arbeiten an Schacht 1 festgestellt, dass bei dem bestehenden Schachtmauerwerk, in das neue Verankerungen eingebaut werden mussten, weitaus größerer Sanierungsbedarf besteht als gedacht. Der Fertigstellungstermin verschob sich auf das Jahr 2022. Der Betreiber, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), gab 2017 nach einer Bitte des Bundesumweltministeriums ein Gutachten beim TÜV Rheinland in Auftrag, das erneute Ungewissheiten für die Terminplanung abschätzen sollte. 2018 gab das Bundesumweltministerium bekannt, dass mit der Fertigstellung erst 2027 zu rechnen ist.

**Mit Beginn der Einlagerung** in fünf Jahren sollen pro Woche im Schnitt zehn LKW mit je einem Container Konrad in Salzgitter erreichen – dazu 20 Eisenbahnwaggons mit bis zu 40 Containern. ad



📰 Braunschweiger Zeitung | 08.02.2022 | S. 8

📄 Auflage: 29.822 | Reichweite: 96.171

👤 Andre Dolle

## Flickschusterei beim Endlager Konrad?

### Bereits 60 Änderungen haben Behörden genehmigt. Gegner sehen sich bestätigt.

**Salzgitter.** Gegner des geplanten Endlagers Schacht Konrad um den Bundestagsabgeordneten Victor Perli (Linke) haben erneut Zweifel genährt: Das Atom-  
mülllager in Salzgitter werde anders gebaut als vor 20 Jahren genehmigt. Und das alte Bergwerk sei nicht geeignet, ab 2027 wie geplant 303.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiven Atommüll aus ganz Deutschland aufzunehmen.

Ihre Kritik bezieht sich auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage Perlis. Die Antwort liegt unserer Zeitung vor. Aus dieser ergibt sich, dass sich die Betreiber bereits 60 Mal bauliche Änderungen von Behörden genehmigen lassen mussten.

Praktisch alle Bereiche des geplanten Endlagers sind mittlerweile von den Änderungen betroffen. Ob es um den Strahlenschutz geht, wie bei der Kontaminationsüberwachung oder den mobilen Abschirmwänden, um die Anlieferung des Atommülls oder das Management der radioaktiven Abwässer und der radioaktiven Abluft wie an der Grubenwasser-Übergabestation und der sogenannten Sonderbewetterung. Bis vor wenigen Jahren gab es auch noch einige Holzeinbauten. Auch diese Umbauten mussten sich der Betreiber, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), und ihre Vorgänger-Betreiber genehmigen lassen.

Der Abgeordnete Perli aus Wolfenbüttel, der im Haushaltsausschuss mit zuständig für das Umweltministerium ist, sagte, dass Schacht Konrad nicht als Endlager geeignet sei. „Die Bundesregierung versucht hier seit bald 40 Jahren passend zu machen, was nicht passt.“ Der Stand von Wissenschaft und Technik sei überholt. „Es gab nie einen fairen Standortvergleich, das rächt sich jetzt“, so der Wolfenbütteler. Perli forderte von der neuen Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne): „Sie darf nicht den Fehler ihrer Vorgängerinnen wiederholen, die alle Probleme ausgesessen haben. Die laufende Endlagersuche muss für eine Alternative zu Schacht Konrad geöffnet werden.“ Die BGE und das Bundesumweltministerium suchen derzeit ein Endlager für hoch radioaktiven Atommüll. Die Kriterien sind

deutlich schärfer als bei Schacht Konrad in Salzgitter.

Auch Ludwig Wasmus, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, sparte nicht mit Kritik. Er sagte: „Ohne, dass die Öffentlichkeit überhaupt informiert wird, errichtet die BGE unter der Hand ein ganz anderes Endlager als gedacht.“

Viele Änderungen hätten Auswirkungen auf die Sicherheit. Trotzdem schreckten BGE und Bundesregierung bisher vor einer ordentlichen Konrad-Prüfung zurück. „Diese müsste nämlich zur Überprüfung des gesamten Projekts und damit zwangsweise zum Ausführen“, so Wasmus. „Hier wird mit der Sicherheit der Bevölkerung gespielt und Genehmigungsrecht umgangen, nur um Konrad mit aller Macht durchzudrücken. Wir fordern den sofortigen Baustopp!“

Die BGE verteidigte sich und ihr Vorgehen auf Anfrage gegen die Kritik. Im Planfeststellungsbeschluss für das Endlager von 2002 seien solche „Einzelfälle“ mit Blick auf bauliche Änderungen bereits vorgesehen. Es sei also ganz normal, dass die BGE solche „unwesentlichen Änderungen“ bei der atomrechtlichen Aufsicht, dem Bundesamt für die Sicherheit in der nuklearen Entsorgung (BASE), beantrage. Das gelte etwa aufgrund geänderter gesetzlicher Bestimmungen oder wegen neuerer verfügbarer Materialien und Komponenten.

BGE-Sprecherin Monika Hotopp sagte: „Wesentliche Veränderungen hingegen, die beim niedersächsischen Umweltministerium als Planfeststellungsbehörde beantragt werden müssten, waren bislang nicht erforderlich und wurden daher auch noch nicht beantragt.“ Bei den unwesentlichen Änderungen handele es sich beispielsweise um Änderungen in der Kommunikationstechnik, wie der Personenrufanlage, die „sich seit 2002 rasant weiterentwickelt hat“, so Hotopp. Auch die Gegensprechanlage sei geändert worden. Oder die Ruf- und Warnanlage.

Konrad-Gegner Wasmus hingegen bezeichnete die sogenannten unwesentlichen Änderungen als einen

„Deckmantel“. Die Öffentlichkeit werde getäuscht.

Die schon erwähnten hölzernen Einbauten in den beiden Schächten seien inzwischen komplett entfernt worden, sagte Hotopp. „Die neuen Füllörter bestehen aus Beton und Stahl. Die Führung der Fördergefäße erfolgt mit Stahlspurlatten oder Seilen.“

Perli wollte von der Bundesregierung auch wissen, wie es um die Kosten und den Zeitplan steht. Mehrfach mussten die BGE und ihre Vorgänger nachbessern. Jetzt bleibt es offensichtlich bei den zuletzt genannten Zahlen: „Gemäß dem genehmigten Wirtschaftsplan der BGE für 2022 belaufen sich die Kosten für die weiteren über- und untertägigen Arbeiten ab dem 1. Januar 2022 auf 1971 Millionen Euro“, heißt es. Bis 2027 kostet das Endlager insgesamt 5,1 Milliarden Euro – mindestens. Dann beginnt die Einlagerung des Atommülls erst.

Und der Zeitplan? Es bleibt dabei, dass 2027 der erste Atommüll eingelagert werden soll. Im Detail schreibt die Bundesregierung: „Gemäß aktuellem Rahmenterminplan ist der Beginn der Inbetriebnahmephase B weiterhin für das dritte Quartal 2026 vorgesehen. Entsprechend des Planfeststellungsbeschlusses wird im

Rahmen der Inbetriebnahmephase B erstmalig das Zusammenwirken der Komponenten überprüft. Dabei werden unter Betriebsbedingungen die Funktionsabläufe mit inaktiven Transporteinheiten getestet. Der Abschluss der Errichtung einschließlich der Inbetriebnahmephase B ist unverändert im ersten Halbjahr 2027 geplant. Daran anschließend kann die Inbetriebnahmephase C erfolgen.“

2027 also geht es los. Dann kommen die ersten LKW und Eisenbahnwaggons aus der ganzen Republik an. Der Müll aus der Asse bei Wolfenbüttel wird übrigens nicht darunter sein. Dafür ist Schacht Konrad schon zu klein. Alleine der Asse-Müll umfasst etwa 200.000 Kubikmeter. Er soll möglichst in das noch zu findende Endlager für hoch radioaktiven Atommüll entsorgt werden. Ob das klappt, ist offen. Ist das nicht der Fall, braucht Deutschland ein drittes Endlager.

Der Stand von Wissenschaft und Technik ist überholt. Es gab nie einen fairen Standortvergleich, das rächt sich jetzt. Victor Perli (Linke) Bundestagsabgeordneter aus Wolfenbüttel: Es handelt sich beim Endlager Schacht Konrad um ein robustes System. Monika Hotopp Sprecherin der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)